

Neueste Nachrichten.

Auf der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf wurden scharfe Angriffe gegen die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland gerichtet.

Herriot erstattete im französischen Ministerrat Bericht über das Ergebnis der Besprechungen von Chequers und Brüssel.

Das Reichskabinett bereitet die Antwort auf die englisch-französische Militärkontrollnote vor, die wohl in zustimmendem Sinne abgefaßt werden dürfte.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit den Anträgen zur Beamtenbesoldungs- und Abbaufrage.

Das französische Reparationsprogramm

Paris, 24. Juni. Ein ausdrücklich als offiziös bezeichnetes Telegramm der Havas-Agentur resümiert den von der französischen Regierung in den Verhandlungen mit Ramsay MacDonald und den belgischen Ministern vertretenen Standpunkt wie folgt: Das Programm der Sachverständigen stehe außerhalb der Diskussion, nachdem es von allen Mächten einschließlich der Regierung Poincarés ohne Vorbehalt angenommen worden sei. Die Konferenz vom 16. Juli habe in erster Linie den Zweck, die technischen Einzelheiten seiner praktischen Durchführung zu regeln. Frankreich verlange Garantien für diese Durchführung, sowohl für die Ausgabe der deutschen Industrieobligationen, als auch für die Übertragung der deutschen Eisenbahnen an eine Gesellschaft, und die Sachverständigen würden sich über die Festsetzung dieser Garantien zu verständigen haben. Immerhin habe Ramsay MacDonald Herriot bereits die Versicherung gegeben — und die Wichtigkeit dieser Erklärung könne nicht hoch genug eingeschätzt werden —, daß England im Falle neuer deutscher Verfehlungen sich an der Seite Frankreichs finden werde, sobald diese Verfehlungen durch die Reparationskommission und den Finanzausschuß des Völkerbundes festgestellt seien. Unerläßlich seien darüber hinaus gewisse kommerzielle Garantien. Es genüge nicht, daß Deutschland die nach dem Sachverständigenrat bestimmten Organisationen übergebe; nicht minder wichtig sei, daß diese Werke, die einen Betrag von 16 Milliarden Goldmark repräsentieren, baldmöglichst mobilisiert werden könnten, in der Weise, daß sie für die Alliierten zu einer Quelle unmittelbarer und wesentlicher finanzieller Entlastung würden. In Chequers sei diese Frage nur gestreift worden, da man dort im Prinzip sich dahin einig geworden sei, daß die Garantien finanzieller und organisatorischer Art den Vorrang vor solchen militärischer Natur verdienen, da letztere in der Regel wenig produktiv und geeignet seien, internationale Konflikte hervorzurufen.

Unabhängig von den Reparationen verlange Frankreich Garantie für seine Sicherheit. Die Beibehaltung der interalliierten militärischen Kontrollkommission sei notwendig, solange das Reich eine Inventuraufnahme über den genauen Stand seiner Rüstungen nicht erlaubt habe, denn diese Inventur sei unerläßlich geworden durch die Unterbrechung der interalliierten Ueberwachungstätigkeit seit der Besetzung des Ruhrgebiets. Erst wenn Deutschland die Bedingungen der Botschafterkonferenz erfüllt habe, könne die Kontrolle, wie sie in dem Friedensverträge vorgesehen sei, dem Völkerbunde übertragen werden. Es sei zu hoffen, daß die gemeinsame englisch-französische Note, die heute in Berlin überreicht werde, die deutsche Regierung dazu bestimmen werde, die von ihr erwartete positive Antwort zu geben. Wenn dem nicht so sein sollte, so würde der englische Premierminister nicht minder bereit sein, zu handeln als die französische Regierung. Im Interesse der Sicherheit der Okkupationsstruppen endlich halte die französische Regierung ein spezielles Kontrollsystem über die rheinischen Eisenbahnen für erforderlich.

Herriots Absicht gehe dahin, sobald alle diese Probleme gelöst seien, die danach zu erwartende internationale Entspannung zum Ausgangspunkt einer Art moralischer Entwaffnung in Europa zu machen. Auch hier werde man vorläufigerweise nur in Etappen vorgehen, d. h. zunächst Garantieverträge zwischen Frankreich, England, Belgien und Italien abschließen und diese Abkommen im gegebenen Augenblick auf Deutschland ausdehnen, um endlich zu einem Generalsabkommen

Achtstundentag und Reparationsfrage.

Genf, 25. Juni. Auf der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes begann gestern nachmittag die erwartete große Aussprache über den Achtstundentag und die Notwendigkeit der Washingtoner Konvention. Die Reden des französischen Arbeiterdelegierten Jouhaux, des Belgiers Merlens und des Engländers Boulton, die sämtlich die Bedeutung der Achtstundenarbeitszeit für den Aufstieg der Menschheit betonten, enthielten alle eine ziemlich scharfe Anklage gegen Deutschland wegen des Verlassens der Basis des Achtstundentags.

Die Begründung, daß wegen der Leistung von Reparationen die Verlängerung der Arbeitszeit notwendig sei, wurde von niemand anerkannt. Alle Redner wiesen auf den Kreislauf hin, den eine solche Verlängerung der Arbeitszeit mit sich führt. Gehe Deutschland mit längerer Arbeitszeit voran, so müßten auch die anderen Länder, um konkurrenzfähig zu arbeiten, folgen und dann sei das Bild wieder das Gleiche. Ueberdies käme die Mehrarbeit auch nicht den Reparationen zugute, sondern nur den Unternehmern, die daraus neue Kampfmittel gegen Arbeiter-schaft und Demokratie bezögen.

Es sei notwendig, daß alle Länder die Washingtoner Konvention ratifizieren. Der englische Delegierte Boulton machte besonders seine Regierung dafür verantwortlich, daß sie sich bis jetzt einer Ratifikation ferngehalten habe, wodurch auch die anderen Länder dem englischen Beispiel folgten. Der französische Arbeitsminister Godart schilderte die Fortschritte, die der Achtstundentag in Frankreich auf kulturellem und hygienischem Gebiet gebracht habe. Die französische Regierung sei bereit, die Washingtoner Konvention zu ratifizieren, aber auch die anderen Länder müßten das gleiche tun.

Den deutschen Standpunkt vertrat der deutsche Delegierte, Geheimrat Beymann, der die Verlängerung der Arbeitszeit seit dem Dezember 1923 mit den Folgen des Friedensvertrages, der Ruhrbesetzung und der Inflation erklärte.

Er erinnerte zunächst daran, daß in Deutschland durch die Verordnung vom 23. November 1918 die achtstündige Arbeitszeit für alle Gewerbe und Betriebe eingeführt worden sei und in Deutschland der achtstündige Arbeitstag strenger als in fast allen Ländern durchgeführt wurde. Im Herbst 1923 sei dann durch das Zusammentreffen einer Reihe von Umständen eine Veränderung in der Wirtschaftslage eingetreten. Die Ruhrbesetzung und ihre Folgen, die hohen deutschen Frachten, der Währungszusam-

gegenseitiger Unterstützung unter der Regide des Völkerbundes zu gelangen. Es sei dies zweifellos ein Programm auf lange Sicht, dessen Durchführung die Leiter der französischen Politik alle Anstrengungen zu widmen entschlossen seien, mit Vertrauen, aber ohne Illusionen von utopischem Charakter

Beamtenfragen vor dem Reichstag.

Berlin, 25. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst das deutsch-polnische Abkommen über den oberschlesischen Grenzbezirk und der Gesetzentwurf über militärische Quartierleistungen im Frieden ohne Debatte in dritter Lesung endgültig angenommen. In der darauf folgenden gemeinsamen Beratung der von verschiedenen Parteien gestellten Änderungsanträge zur Beamtenbesoldungsverordnung betonte Abgeordneter Morath (D. Sp.) die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Bezüge der Beamten in Gruppen I—VI, was auch alle anderen Parteien forderten. In seinem Bericht über die Verhandlungen des Hauptauschusses gibt der Abgeordnete die Stellungnahme der Regierung gegenüber diesen Forderungen bekannt, nach der keine Regelung vorgenommen werden könne, die zu einer allgemeinen Lohnbewegung geeignet sei. Der Ausschuß beantragt, die zur Verfügung stehende Summe von 71½ Millionen ausschließlich zur Erhöhung der Grundgehälter für die Gruppen I—VI zu verwenden. Dagegen soll für alle Beamtengruppen eine Erhöhung der Kinder- und der Fürsorgezulagen durchgeführt werden.

Abgeordneter Schmidt-Stettin (D.N.) ist mit dem Ausschußantrag einverstanden und fordert weiter Wiedereinstellung der Wartegeldempfänger und dafür eine weitere Entlastung von Angestellten. Die Beschränkung des Erholungsurlaubes und die Verlängerung der Dienststunden solle baldmöglichst wieder aufgehoben werden. Abgeordneter

menbruch und die Mietverträge hätten die deutsche Wirtschaft völlig zerrüttet, Industrie, Handel und Verkehr zum Stillstand gebracht und die Zahl der Erwerbslosen zeitweise bis auf fünf Millionen gesteigert, wobei besonders schlimm der Mangel an Kohlen gewirkt habe. Unter dem Zwang und der Wucht dieser Verhältnisse habe nach eingehender Beratung aller in ihr vertretenen Parteien die Reichsregierung sich damals gezwungen gesehen, von der Durchführung des starren Achtstundentages abzugehen und auf tariflichem Wege in vielen Industrien seit 1923 eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuführen, während sie noch in anderen wichtigen Industrien, wie in den Bergwerksbetrieben, der Glasindustrie und dem Baugewerbe den Achtstundentag weiter durchführe. Die Erklärung schloß mit folgenden Worten:

Ob es gelingt, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, steht noch nicht fest, wie sich auch nicht übersehen läßt, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, wenn erst die Reparationszahlungen mit ihrer vollen Wucht auf uns lasten. Das zur Zeit geltende Arbeitszeitgesetz vom Dezember 1923 ist ein Notgesetz. Mit seiner Vonderung ist unter günstigeren und besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen. Die deutsche Regierung ist aber außerstande, über Inhalt, Umfang und Zeitpunkt solcher Vnderungen zur Stunde Bestimmtes zu sagen. Sie muß sich vielmehr darin völlige Freiheit vorbehalten.

In ihrem Namen möchte ich hier aber auch erklären, daß der in dem Bericht des Herrn Direktors des Arbeitsamtes zur Erörterung gestellte Gedanke, eine Art internationaler Kontrolle über unsere Arbeitszeit einzuführen, für uns undiskutabel ist. Ein solcher Eingriff in unsere Souveränität wäre für uns wie auch für jedes andere Volk unerträglich, zumal es sich nach Lage aller Umstände keineswegs um ein soziales Dumping handelt. Die deutsche Regierung wird zur rechten Zeit die Initiative zur Regelung der Arbeitszeitfrage ergreifen. Dabei wird sie bestrebt sein, auf die Arbeitszeit in den übrigen Ländern innerhalb der Deutschen Lebensinteressen möglichst Rücksicht zu nehmen.

Nachdem noch der brasilianische Regierungsdelegierte dargelegt hatte, daß die Mehrarbeit in Brasilien mit dem Einverständnis der Arbeiter erfolge, wurde die Debatte auf heute vertagt.

Steinkopf (Soz.) gibt der Entrüstung der Beamenschaft über die letzte Besoldungsverordnung Ausdruck und erklärt, daß die Regierung ihre Ermächtigung in der Frage der Besoldungsverordnung in trasser Weise mißbraucht habe. Sie habe eben Tausende zugelegt und die unteren Gruppen mit ganz minimalen Beträgen abgespeist. Er beantragte die Uenderung der Abbauverordnung und die Aussetzung des Abbaues bis dahin. Abgeordneter Guérat (Zentrum) beantragte die Ueberprüfung des gesamten Beamtenrechtes und tadelt den Abbau der örtlichen Sonderzuschläge für die Beamten im besetzten Gebiet, ebenso Zurückziehung der Ausgewiesenen bei der Beförderung. Er stimmt im übrigen dem Ausschußantrag zu und verlangt von der Regierung, daß mit dem Personalabbau Schluß gemacht wird. Abgeordneter Eichhorn (Kom.) beantragt, statt der 71½ Millionen 100 Millionen für die Aufbesserung zur Verfügung zu stellen und die sozialen Zulagen statt für die Gruppen I—VI für die Gruppen I—IX zu erhöhen. Abgeordneter Moreth (D. Sp.) bezeichnet die Besoldungspolitik der letzten Jahre als unbesonnen und für die Beamten auf die Dauer nicht erträglich, besonders für die mittleren und die unteren Gruppen. Auch dieser Redner befürwortet den Antrag des Ausschusses. Abgeordneter Kahl (Nat. Soz.) erklärt die Personalabbauverordnung für ungerecht und unwirtschaftlich und bemängelt, daß unproduktive höhere Beamtenposten, die erst seit der Revolution geschaffen worden seien, nicht vom Abbau betroffen wurden. Die Verordnung diene dazu, politisch unbequeme Beamte zu entfernen. Auch die folgenden Redner, der Abgeordnete Bauer (Bay. Sp.), Brodauf (Dem.), Lude (Wirtschaftl. Bergg.) und Kunze (Deutschsoz.) äußern sich in der gleichen Richtung wie die Vorredner, worauf die Debatte geschlossen wird. Die Abstimmung über die Anträge findet morgen statt. Außerdem morgen sozialpolitische Anträge zur Debatte.

Die Brüsseler Besprechungen. Herriot erstattet Bericht.

Paris, 25. Juni. Ministerpräsident Herriot hat heute Vormittag im Ministerrat über seine Besprechungen mit Macdonald, Theunis und Hymans Bericht erstattet. Nach Schluß des Ministerrates erklärte Herriot auf Befragen, daß er sehr bedrückt von der Abfindung der französisch-englischen Note in der Frage der Militärkontrolle sei. Es habe sich darum gehandelt, nicht eine Geste zu machen, sondern eine Tat zu vollbringen. Darauf allein komme es an. Wir haben, fügte Herriot hinzu, Grund zu der Annahme, daß Deutschland akzeptieren wird.

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Hubert, hatte heute Vormittag eine Unterredung mit Herriot, in der, wie Havas berichtet, verschiedene Fragen über die französische Außenpolitik gestellt wurden. Herriot, der am Montag im Senatsausschuß eine Erklärung abgegeben wird, hat der Absicht Ausdruck gegeben, sich vor dem ganzen Senat auszusprechen. Dementsprechend wird Senator Hubert morgen in der Senatsitzung eine Anzahl Fragen über die Art, das Ergebnis und die Folgen der Besprechungen von London und Brüssel stellen.

Das Ergebnis.

Paris, 25. Juni. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ faßt auf Grund von Mitteilungen aus im allgemeinen gut unterrichteten belgischen Kreisen die Ergebnisse der Brüsseler Besprechungen in der Reparationsfrage wie folgt zusammen:

1. Die belgischen Minister hätten sich mit der Einberufung einer interalliierten Konferenz am 16. Juli in London einverstanden erklärt. Die Konferenz werde einen technischen Charakter haben und ihr Programm werde streng auf den Sachverständigenbericht beschränkt sein. Der Meinungsaustausch von Chequers und Brüssel habe sich auf allgemeine Grundsätze bezogen.
 2. Die endgültige Klärung der Frage werde bis zum 16. Juli durch den interalliierten Sonderausschuß oder auf diplomatischem Wege zwischen den Regierungen erfolgen.
 3. Paris und Brüssel seien darüber einig, daß über den Zeitpunkt, an dem sämtliche Bedingungen des Sachverständigenberichtes erfüllt seien und die Franzosen und Belgier ihre wirtschaftlichen Pfänder im Ruhrgebiet und im Rheinland aufgeben, die Reparationskommission zu befinden habe.
 4. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes werde in zwei Etappen erfolgen. Die Besetzung werde zunächst unsichtbar gestaltet und dann aufgehoben werden, nachdem ein großer Teil der deutschen Industrieobligationen untergebracht sei.
 5. Was die Garantie für die Durchführung anlange, so habe Theunis seine Vorschläge betreffend die Sanktionsgarantien wieder aufgenommen. Hiernach werde, wenn nötig, der Kontrolleur an die Stelle der deutschen Verwaltungsbeamten treten und selbst die Steuern einziehen bzw. Befugnisse verwalten. Die Kontrolle werde sich auf diese Weise automatisch in eine Sanktion umwandeln.
- An dieser Formel scheine man festgehalten zu haben und sie erscheine den Engländern annehmbar. Man bemühe sich, die Amerikaner an der deutschen Eisenbahngesellschaft zu interessieren. Die Sicherheit auf den rheinischen Eisenbahnen, namentlich was die Kontrolle der Hauptstrecken des Rheinlandes und des Ruhrgebietes anlange, so glaube man zu wissen, daß diese Frage an die Sachverständigen verwiesen worden sei.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Botschaft des Präsidenten von Argentinien.

Paris, 2. Juni. (Wolff.) Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires erinnert Präsident de Alvar in seiner im Kon-

Ämtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung betr. Kaminfegerbezirke.

Durch Erlaß des Ministerium des Innern, Abteilung für das Hochbauwesen, ist der Kaminfegerbezirk 1 dem Kaminfegermeister Jakob Morlok in Javelstein übertragen worden.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1924 tritt die Neueinteilung (s. Calwer Tagblatt vom 4. März 1924, Nr. 54) in Kraft.

1. Kebr-Bezirk I: Kaminfegermeister Morlok.
 2. Kebr-Bezirk II: Kaminfegermeister Eichenhardt.
 3. Nischalden, Bergorte und Hornberg gehören zum Kebr-Bezirk Wildberg.
- Calw, den 24. Juni 1924.

Oberamt: Bögel Amtmann.

groß verlesenen Botschaft daran, daß er als Präsident der argentinischen Republik Unparteilichkeit zu wahren beabsichtige. Er weist darauf hin, daß die Beziehungen Argentiniens zu sämtlichen anderen Ländern ausgezeichnet seien und schlägt dem Kongreß vor, den Wiederanschluß Argentiniens zum Völkerbund zu sanktionieren. Die Botschaft kündigt außerdem ein Kolonisationsprojekt und einen Plan zur Regulierung der Einwanderung durch eine besondere Wahl unter den Einfluß begehrenden Personen an. Die Einnahmen für 1923 belaufen sich nach der Botschaft auf 665, die Ausgaben auf 661 Millionen Papier-Piafter. Der Präsident verspricht eine Herabsetzung der Steuern, namentlich derjenigen, die den Handel betreffen; daneben jedoch die Einführung einer Umsatzsteuer. Die innere und äußere Schuld wird für Ende 1923 von der Botschaft auf 1321 Millionen Papier-Piafter beziffert.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. Juni 1924.

Der Siebenschläfertag.

Am 27. Juni blüht der Landmann mit einer gewissen Bangigkeit immer wieder nach dem Himmel. Denn nach einer alten Wetterregel folgt auf einen regnerischen Siebenschläfertag eine 7 Wochenlange Regenzeit. Gegen diesen Glauben, der nach überlieferter Meinung auf alter unumstößlicher Erfahrung beruht und fest eingewurzelt ist, hilft keine Meteorologie, helfen keine Gesehe, Luftströmungen und sonstige durch die Wissenschaft errungene Kenntnisse. Dennoch ist hervorzuheben, daß nach meteorologischen Aufzeichnungen eine Reihe von Jahren der Regen nach einem verregneten Siebenschläfertag häufig ausgeblieben ist, während in anderen Jahren einem sonnenhellen trockenen Siebenschläfer eine andauernde Regenzeit folgte.

Weiter für Freitag und Samstag.

Der Hochdruck im Westen behauptet sich noch, doch ist für Freitag und Samstag wenn auch trodenes, so doch mehrfach bedecktes Wetter zu erwarten.

Unwetter.

(S.C.B.) Eroszheim, Oa. Biberach, 25. Juni. Ein Gewitter, begleitet von Sturm und lange anhaltendem Wollenbruch, verwandelte in einer halben Stunde die Straßen und Gärten in einen See. Dabei ergoß sich das Wasser, das zum reißenden Gebirgsbach geworden war, vom Kapellenberg herunter und bedrohte die an den Berg angebauten sog. Berghäusel. Namentlich stark bedroht war das Wohnhaus mit angebauter Scheuer gegen den Berg von Schreinermeister Max Bodenmiller durch teilweisen Bergbruch und herabstürzende Wassermassen. Die Feuerwehr wurde alarmiert. Das Vieh mußte in den Stallungen gerettet werden. Der Scheuergiebel hatte dem Bergbruch und den abstürzenden Wassermassen sowie einem herabstürzenden Baum ziemlich Stand gehalten, zu dem befürchteten Einsturz des Hauses kam es glücklicherweise nicht. Die meist etwas abschüssigen Straßen sind vollkommen ausgewühlt, zerrissen, und

zeigen teils metertiefe Röhren und Gräben. Der Hauptschaden zeigt sich erst im östlichen Teil des Orts in der Langgasse, die mit anschließenden Gärten vollständig bis zu einem halben Meter unter Wasser steht, ebenfalls auch die Kellerräume. Die Hausbewohner müssen auf Umwegen und auf hochgelegenen Bretterstegen aus ihren Häusern. In der Mittelgasse mußte bei Deonom Josef Schmid das Vieh aus dem Stall geholt werden, da das Wasser bis zu einem halben Meter Höhe den Stall durchfloß.

(S.C.B.) Von der Badischen Grenze, 25. Juni. Die bereits leghin schwer heimgeuchten Ortschaften Mundelfingen und Melfingen wurden wieder von einem schweren Gewitter geschädigt. Der Lubach führte Hochwasser, so daß die Fluten bis zu einem halben Meter in die Häuser eindrangen.

(S.C.B.) Weilderstadt, 24. Juni. Nur selten wie heuer machte die Hopfenpflanze, beeinflusst durch die günstige Witterung, so rasche Fortschritte, sei es in Draht- oder Stangenanlagen. In kurzer Zeit stammelte die Pflanze derart in die Höhe, daß mancher Produzent Bedenken hatte, ob wohl auch die Stangen in der Länge ausreichen. Unerwartet kam aber der Rückschlag; rauhe, feuchte Niederschläge hemmen das Wachstum; es hat bis jetzt nichts geschadet. In altem Hopfen ist zur Zeit mehr Nachfrage.

(S.C.B.) Freudenstadt, 24. Juni. Im Forbach bei Christophstal fand man eine weibliche Leiche. Es handelt sich um eine hiesige verh. 47 Jahre alte Frau, die seit längerer Zeit Spuren von Schwermut zeigte und sich am Sonntag früh von daheim entfernte. Es ist noch nicht festgestellt, ob Unfall oder Selbstmord vorliegt.

(S.C.B.) Stuttgart, 25. Juni. Generalleutnant Wilhelm von Schmidt und seine Gattin, geb. Müller, Tochter des langjährigen Reichs- und Landtagsabgeordneten G. Müller, feiern in Tübingen am 30. Juni das Fest der goldenen Hochzeit. General von Schmidt hat die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitgemacht und war im Weltkrieg als 73-jähriger Kommandeur des Landsturm-Bataillons Stuttgart. Zur Zeit seiner Hochzeit im Jahre 1874 war er Kompagniechef im Infanterie-Regiment 125.

(S.C.B.) Biberach, Oa. Heilbronn, 25. Juni. Am Sonntag vormittag ist nun auch der beim Bällerschützen verunglückte Verwaltungskandidat Erwin Bayler seinen Verletzungen erlegen. Der dritte Verletzte Scholl befindet sich auf dem Wege der Besserung.

(S.C.B.) Bessigheim, 25. Juni. Aus dem Schalkstein zwischen hier und Walheim stürzte ein mächtiges Felsstück auf den Bahndamm herab und zerstörte einen Teil der dortigen Weinberge.

(S.C.B.) Künzelsau, 25. Juni. Samstag abend 6 Uhr fuhr der Postwagen zum letztenmal die Strecke Künzelsau-Forchtenberg. Einige Fräulein hatten die Post schön bekränzt und eine Tafel trug ein Abschiedsgebet für den Postillon.

(S.C.B.) Hengstfeld Oa. Gerabronn, 25. Juni. Bei der wiederholten Ortsvorsteherwahl erhielt Otto Heidenreich von Heidenheim 206 Stimmen. Der Gegenkandidat Landw. Chr. Funk von Hengstfeld erhielt 199 Stimmen.

(S.C.B.) Aalen, 23. Juni. Pünktlich auf 15. Juni konnte das neue zweite Bahngleis Stuttgart-Aalen in Betrieb genommen werden. Das letzte Streckenlos erheischte vermehrte Arbeit und Kosten, da die Erhöhung eines Durchgangs vorgenommen wurde. Deshalb mußte auch das erste, sog. alle Gleis auf eine längere Strecke herausgenommen werden. Diese Arbeit wird ebenfalls demächst beendet sein. Es steht mit dieser Fertigstellung eine bedeutende Verbesserung der Verbindung mit der Landeshauptstadt, wie auch eine Steigerung des Remstalbahverkehrs überhaupt zu erwarten. Von der großen Ueberführung Hecht-Bahnhof hört man schon längere Zeit nichts mehr. Der Grund ist wohl Ueberfluß an Geldmangel. Dagegen steht, nach dem Gemeinderatsberichtsbericht zu schließen, ein Umbau des Industrie-Bahngleises bevor.

Das Probejahr der Dolores Renoldi.

Roman von Fr. Dehne.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale G. A. d. e. r. m a n n, Stuttgart.

„Wie willst du das aber alles machen, Mama, sofort zahlen?“

„Das lasse meine Sorge sein, Mitakind. Und nun wollen wir nicht mehr darüber sprechen! Sei wieder meine heitere, immer vergnügte Rita, das steht dir viel besser als die häßliche Falte da auf deiner Stirn. Deine Gäste werden bald kommen.“

„Mama, dann bestelle doch wenigstens schnell noch ein paar belegte Brötchen. Es ist mir so peinlich weiter gar nichts zu haben.“

„Das würde ja noch teurer, nein. Folge mir, ich weiß schon, was wir tun.“

Eine halbe Stunde später waren die erwarteten jungen Damen in lebhafter Unterhaltung am Teetisch versammelt, und in mehr oder wenig fließender Weise bediente man sich der wohlklingenden italienischen Sprache, die heute an der Reihe war.

Bienenswürdig hatte die Baronin die Gäste ihrer Tochter begrüßt und um die Erlaubnis gebeten, ein wenig im Kreise der Jugend weilen zu dürfen, was für sie „alte Frau“ so erfreulich sei. Lachend widersprach man dieser Bezeichnung — in der Tat verstand die Baronin sich so anzupassen und so fröhlich mit der Jugend zu sein, daß man sie kaum als Mutter einer erwachsenden Tochter ansehen konnte.

Da klingelte es.

Das Stubenmädchen meldete Herrn Baron von Emdingen. Magda Scharbeck sah, wie eine leise Rote in Dolores' blasse Wangen stieg, wie ihre Augen einen sehnsüchtigen Schimmer bekamen.

„Oh, unsere Reisebekanntschaft aus Evinemünde“, wie Nat suchend blickte die Baronin auf die jungen Damen, „er hat um die Erlaubnis, seinen Besuch machen zu dürfen.“

Die lustige Irmi Wöckel klatschte in die Hände.

„Herein mit ihm, damit „Seiner Majestät Schönster“ uns mit seiner Anwesenheit beglückt! Das ist mal 'ne nette Ueberraschung! Dann brauchen wir wenigstens 'ne Weile nicht italienisch zu sprechen — ich bin so wie so schon schlecht vorbereitet — Sie müssen ihn unbedingt empfangen, liebe Frau Baronin!“

„Oh, bitte, bitte, das wird lustig!“ rief die Komtesse Walwit. Und Dolores dachte mit Herzklopfen: er kommt beinertwegen! Denn sie hatte ihm bei seinem Besuch erzählt, daß sie heute bei der Baroness Scharbeck im Sprachenkränzchen sei.

Und nun tauchte er hier plötzlich auf — etwas eigenartig zwar zu dieser ungewohnten Besuchszeit — und das ließ nur eine Deutung zu — eine Deutung, die sie erheben ließ: er kam ihrwegen — sein aufleuchtender Blick, der feurig auf ihr ruhte, gab ihr diese Gewißheit.

Wie eingehend hatte er sich doch nach der Zeit des Kränzchens erkundigt — nun hatte sie die Antwort auf seine Fragen!

Die Komtesse Walwit hatte den jungen Offizier, der, durch ihren Bruder eingeführt, schon mehrmals Gast in ihrem Hause gewesen, scherzhaft mit einer italienischen Ansprache begrüßt.

Die allgemeine lustige Begrüßung hatte keine Befangenheit aufkommen lassen, und nun sah Baron Emdingen neben der Komtesse Walwit, die ihn mit ihren hübschen Augen ansah — vielleicht bezog sie seine Anwesenheit gar auf sich!

Rita Scharbeck bediente ihn mit Tee; die weiße, molke Mädchenhand, die ihm die Tasse reichte, zitterte ein wenig; er merkte es wohl gar nicht; er blickte gerade auf Dolores Renoldi, deren plötzliche Schweigsamkeit der Baronin nicht entging. Die kluge lächelte befriedigt in sich hinein; über Erwarten ging alles vonstatten, wie sie wünschte — denn Dolores hatte schon Feuer gefangen.

Selten wohl hatte um den Teetisch der Baronin Scharbeck eine so fröhliche Gesellschaft gesessen; Gitta Walwit und Irmi Wöckel überboten sich an lustigen Einfällen und Neckereien, auf die Emdingen einging.

Aber immer suchten seine Blicke dabei Dolores Renoldi. „Lieber Baron, wir ernennen Sie zum Ehrenmitglied unseres Kränzchens. Das nächstmal ist's bei mir — und zur Erholung wird deutsch gesprochen! Das verstehen Sie doch?“ neckte sie, und alle lachten.

Dolores konnte sich nicht an der scherzhaften Unterhaltung beteiligen trotz ihrer sonst großen gesellschaftlichen Gewandtheit, dazu war sie nicht unbefangen genug.

Nach ungefähr einer halben Stunde verabschiedete er sich, noch vielmals sein formloses Eindringen in diesen edlen Kreis entschuldigend; aber nun habe er wenigstens durch einen glücklichen Zufall sehen dürfen, wie gemüthlich ein solches Damenkränzchen feil Uebermüthig tief ihm Irmi noch nach: „Dann kommen Sie doch diesem glücklichen Zufall öfter zu Hilfe!“

Die Baronin geleitete ihn hinaus.

„Es geht alles gut!“ hauchte sie.

Er küßte ihr die Hand.

„Meinen heißen Dank, liebe, gnädige Frau!“

Börsenbericht.

(S.C.B.) Stuttgart, 25. Juni. Auch an der heutigen Börse herrschte äußerst geringe Geschäftstätigkeit, doch konnten sich die Kurse im allgemeinen behaupten.

Preisbildung im Viehverkehr.

(S.C.B.) Alen, 25. Juni. Viel besprochen wird gegenwärtig eine oberamtliche Bekanntmachung vom 14. ds. Mts. betreffend Preisbildung im Viehverkehr. Dem Oberamt sind Klagen gekommen, daß die Fleischpreise in Alen und sogar der Umgebung (man denke dritte und vierte Lohn- und Gehaltsklasse) gleich hoch, ja in einzelnen Fällen höher (!) sind als in Stuttgart und anderen Städten mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen wie Alen. Die Bekanntmachung ist der Ansicht, daß dies teilweise auch davon herrühre, daß beim Verkauf von Schlachtvieh ab Stall die gleichen, ja vereinzelt höhere (?) Preise gefordert und gewährt werden, als sich aus der jeweiligen letzten Notierung am Stuttgarter Viehhof ergeben, lit der Behauptung, es handle sich um sog. Spizentiere. Die Be-

kanntmachung kündigt für die Zukunft strenge Kontrolle der Einkaufspreise an und die Polizeibehörden, das Polizeiamt Alen und die Landjägerstellen, als ob das Oberamt bzw. die Preisprüfungsstelle zu sehr nach der Seite der Metzger hingehört hätte. Die Landwirte sind zur Zeit viel zu sehr abhängig, als daß sie Preise machen oder gar mit zu hohen Preisen kommen könnten. Die Verbraucherkreise sind der Ansicht, daß die Spannung zwischen Einkaufs- und Fleischpreis zur Zeit ganz ungewöhnlich stark sei und letzteres zum Teil das Dreifache statt wie früher und wie gewöhnlich das Doppelte von ersterem betrage. Auch sind die Verbraucherkreise vielfach darüber ungehalten, daß bei Fleischwaren nicht Klassen- und Qualitätspreise geführt werden.

Schweinepreise.

In Schweningen kostete ein Milchschwein 13-23 M, in Tuttlingen 14-20 M, in Waldsee 13-26 M. In Badnang kosteten Milchschweine 15-25 M, in Ludwigsburg 1 Käufer 31-75, 1 Milchschwein 15-29 M.

Märkte.

(S.C.B.) Weizheim, 25. Juni. Zufuhr: 23 Ochsen, 6 Farren, 72 Rinder, 24 Kühe, 26 Kalb, 62 Stiere, 1 Kalb, 132 Milchschweine und 4 Läufer. Preise: Ochsen 400-500, Farren 300 bis 450, Rinder 180-320, Kühe 140-200, Kalben 300-400 M, Stiere 140-200, Milchschweine 20-25, Läufer 35-40 M, je das Stüd. Der Verkehr war lebhaft, der Handel mittelmäßig.

(S.C.B.) Bradenheim, 25. Juni. Auf dem letzten Viehmarkt kosteten Kühe 270-450 M, Kalbinnen 330-450, zweijährige Rinder 200-300, Jungvieh 70-210 M, je das Stüd.

In Reutlingen kosteten Weizen 10-12, Dinkel 8 bis 8,50, Gerste 9-11, Haber 6-8 M, in Ura ch Dinkel 8, Gerste 8,25, Haber 7,50, Weizen 8,50, Kernen 9 M je der Zentner.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schell.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Friedrich Hans Scheele. Druck und Verlag der K. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister wurde heute bei der Firma Paul Röchle in Calw eingetragen: Der Frau Hildegard Steudle geb. Seig, Kaufmannswitwe in Calw ist Prokura erteilt. Den 24. Juni 1924.

**Bekleidung
Ausstattung**

Paul Röchle, Calw.

Stamm-Zusammensetzung

*hinzigewirgt in feiner
Zusammensetzung
sonnblühend weislich*

*Ein
Wäpferwapp
La gawandert
nupföblig*

billig

HERSTELLER: KRAEMER & FLAMMER HEILBRONN a. N.

Freitag, 27. Juni 1924, abends 8 Uhr im Vereinshaus

Vortrag

von Dr. Otto Hork:
Die christliche Jugendbewegung und die Gemeinde (statt der Bibelstunde).

**Veteranen- und
Militär-Verein Calw.**

Am Sonntag, den 29. Juni findet unser

**Frühspaziergang mit Musik
ins Schweinbachtal**

Statt. Hierzu laden wir unsere Kameraden mit ihren wertigen Angehörigen zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein. Abmarsch punkt 7 Uhr vom Marktplatz aus. Der Ausschuß.

Altbulach, den 24. Juni 1924.

Todesanzeige.



Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

**Michael Kentschler
alt Schultheiß**

im Alter von 75 Jahren unerwartet rasch in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:
der Sohn **Michael Kentschler.**

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 1 1/2 Uhr statt.

An unsere Postbezieher!

Von unseren Postbeziehern wurde seitens der Post auf 1. Juli ein höherer Bezugspreis für das Calwer Tagblatt erhoben als im Vormonat. Da irrtümlicherweise vielfach angenommen wird, diese Preiserhöhung sei auf eine Preissteigerung des Verlages zurückzuführen, so stellen wir ausdrücklich fest, daß nicht der Bezugspreis des Blattes erhöht wurde, sondern nur die Postgebühren eine Steigerung erfuhren. Von dieser Steigerung der Postgebühren werden auch wir insofern betroffen, als auch der Teil der Postgebühren, den wir zu tragen haben, ebenfalls eine Erhöhung erfuhr.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

**Rindermädchen
gesucht**

nicht unter 18 Jahren
Frau Paul Röchle, Calw.

**Mädchen-
Gesuch!**

Auf 15. Juli wird auf ein Hofgut, Nähe Sulz a. N., in allen Hausarbeiten erfahrenes tüchtiges

Mädchen

als Stütze der Hausfrau gesucht. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsst. ds. Bl.

Verkaufe einen starken

**Zweispänner-
Ruhwagen**

oder tausche gegen
Heu oder Schwein
von über 1 Zentner Lebend-
gewicht.

Johannes Kusterer
Dennjacht N. Calw.
Station Unterreichenbach.

Abbitte.

Die gegen
Frau Berta Braun
gemachte Aussage nehme ich
im Ausdruck des Bedauerns
als unwahr zurück.
Frau Amalie Santter
geb. König.
Oftersheim, 23. 6. 1924.

Mein 13 jähriger
Sohn **Ernst** ist seit
Montag nicht mehr
heimgekehrt.

Diejenige Person, die mein
Kind aufgenommen hat, wird
gebeten, solches noch einstuell.
zu behalten u. mir umgehend
Mittteilung zugehen zu lassen.
Rudolf Raich Calw.

Man nehme

aus Wasche nie
Seife allein, das
Waschen würde
zu teuer sein.
Man nehme

Henko

als Zusatzmittel
-- die Kosten
verringern sich
um ein Drittel!

Henko
Henkel's Wasch- und
Bleich-Soda

Die große Mode und für alle
Zwecke verwendbar sind heute



**Leder-
Zug-
Beutel**

In 5 verschiedenen Lederarten,
jede Sorte in 3 Größen
von Mark 2.20 an bei

Reichert Mittel.
Brüchle

Etwas Gutes
für Haare und Haarboden
ist echtes
Brennessel-Haarwasser
mit den 3 Brennnesseln
Otto Vinçon, Colson.

**Frische
Tafel-
Butter**

Fr. Lamparter.

Ottendronn.
Eine 36 Wochen trachtige

**Muz-
Ruh**

(Holländer Schwarzscheck)
verkauft
Michael Walz.

**Kurgast sucht
Partner(in)**

für kl. Radioren.
Sofortige Zuschrift erbeten
unter L. B. 148 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

**Most-
Rosinen**

frisch eingetroffen bei
Fr. Lamparter

Nur das echte DR. OETKER'S BACKPULVER "Backin"

muß die Hausfrau beim Einkauf fordern, dann hat sie beim Backen stets Erfolg

Dr. Oetker's Sandtorte. Zutaten: 250 g ungesalzene Butter oder Margarine, 250 g Zucker, 125 g Weizenmehl, 125 g Dr. Oetker's Gustin, 4 Eier, 1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 1 Messerspitze voll von Dr. Oetker's Backpulver „Backin“.



etwas erwärmt und schaumig gerührt. Dann gibt man Zucker und Vanillin-Zucker hinzu. Hierauf ein Ei und etwas von der Mehlmischung. Ist dieses gut verrührt, wieder ein Ei und etwas von der Mehlmischung. Bis die Eier und das Mehl verbraucht sind. Die Masse wird in eine mit Butter ausgeglichene Form gegeben und bei mittlerer Hitze und 1 Stunde gebacken. Sandtorte hält sich lange Zeit frisch.

PÄCKCHEN 8 PFG.